Gesundheitliche Ungleichheit und Umweltbelastung

Vorbemerkung

Die Behauptung von Beck (1988), Umweltbelastungen seien aufgrund globaler Verbreitung sozial gleich verteilt, auch die Verursacher entgingen ihnen nicht, blieb in der BRD meist unwidersprochen. Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen wurde hier nicht zum Thema. Dagegen ist die soziale Verteilung von Gesundheitsproblemen – soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod bzw. gesundheitliche Ungleichheit – ein altes Thema der europäischen Sozialmedizin und wurde auch von Public Health bzw. Gesundheitswissenschaft aufgegriffen (Helmert 2000; Mielck 2000). Die mögliche (Mit-)Erklärung gesundheitlicher Ungleichheit durch entsprechende Umweltungleichheit blieb in dieser Denktradition aber meist unbeachtet.

In den USA wird der Zusammenhang von Umweltungleichheit und gesundheitlicher Ungleichheit dagegen seit den 80er Jahren direkter thematisiert. In der dortigen Diskussion zu Umweltgerechtigkeit (UG) wird von sozial und räumlich ungleich verteilten Umweltbelastungen ausgegangen, die – über Lärm, Luftemissionen, Bodeneinträge, Abwässer, etc. – zu ungleich verteilten Gesundheitsproblemen führen können, somit auch zu gesundheitlicher Benachteiligung. Da sich in den USA soziale und ethnische Benachteiligung oft überlagern, wird dort aus dem Vorwurf mangelnder UG oft der Vorwurf von Umweltdiskriminierung bzw. Umweltrassismus.

Beispiele für Umweltungleichheit, d.h. sozialräumlich ungleich verteilte Umweltbelastungen sind:

- Konzentration von Fabriken, Kraftwerken, Tanklagern, Raffinerien in Gewerbegebieten, umgeben von Wohnvierteln und Schrebergärten »kleiner Leute«;
- Bau neuer Autobahnen, Schnellstraßen, Bahnstrecken und Hochspannungstraßen quer durch Wohnbezirke der Unterschicht, nicht aber Oberschicht;
- Platzierung gefährlicher Entsorgungsanlagen, wie Sondermülldeponien, nukleare Zwischen- und Endlager in strukturschwachen Gebieten, wo mangels Arbeitsplätzen mit höherer Akzeptanz in der Bevölkerung gerechnet wird;

- erfolgreiche Abwehr der Aufstellung von Mobilfunksendern und Einrichtung von Asylbewerberheimen, Pflegeheimen und Drogenberatungsstellen in »gutbürgerlichen« Wohnbezirken.

Es gibt Gegenbeispiele. Aber sie sind selten und Ausnahmen. In der Regel ist die Unterschichtbevölkerung nicht nur beruflich, finanziell und gesundheitlich, sondern auch umweltmäßig benachteiligt.

Problemstellung

Thema von Umweltgerechtigkeit ist die Verteilung von Umweltbelastungen auf soziale Gruppen und Regionen (Bullard 2000; Faber 1998; Harvey 1996). Diese sozialräumliche Verteilung hat oft folgende Merkmale:

- sie ist sehr ungleich;
- von hohen Umweltbelastungen betroffene Gruppen sind auch sonst benachteiligt (ökonomisch, politisch, sozial);
- die Verteilung neuer Umweltbelastungen erfolgt so, dass sie Umweltungleichheit verstärkt, nicht verringert;
- auch die Beseitigung der Umweltbelastungen erfolgt so (Prävention, Untersuchung, Sanierung; Zeit- und Kostenrahmen; Standards), dass sie die Umweltungleichheit verstärkt.

Hintergrund sind produktionstechnische und geopolitische Veränderungen. Durch zunehmende räumliche Trennung von Produktion, Konsumtion und Entsorgung wird Umweltbelastung geographisch immer mobiler (Faber 1998). Es wird möglich, Umweltbelastungen sozial und räumlich umzuverteilen. Umweltungleichheit entsteht dadurch, dass (ökonomisch, politisch) mächtige soziale Gruppen ihre Macht nutzen, um sich zu lasten anderer günstige Lebensbedingungen zu sichern, auch im Umweltbereich.

Verschiedene Akteure mit verschiedenen Interessen und Normen kommen dabei zu verschiedenen Ergebnissen hinsichtlich der anzustrebenden Verteilung von nicht vermeidbaren Umweltbelastungen (Maschewsky 2000). Machtpolitisch, ökonomisch und technisch »empfiehlt sich« eine Konzentration von Belastungen bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen; sozialpolitisch, medizinisch und aus Umweltperspektive dagegen nicht.

Ein möglicher Einwand gegen UG-Studien, die höhere Umweltbelastungen bei benachteiligten Personengruppen in den USA nachweisen, besteht darin, die Richtung der Kausalität in Frage zu stellen. Die UG-Interpretation lautet: Wer farbiger oder arm ist, bekommt mehr Umweltbelastungen zugewiesen. Die alternative Interpretation lautet: Wo größere Umweltbelastungen existieren, ziehen wohlhabendere Gruppen weg,

fallen Mieten und Grundstückspreise, ziehen arme Menschen zu. Mangelnde UG ist nach der zweiten Sichtweise nicht (nur) Resultat diskriminierender Standortentscheidungen oder ungleicher Durchsetzung von Umweltstandards, sondern ergibt sich auch aus »sozialräumlicher Entmischung« (Häußermann 2000) in Abhängigkeit von Umweltqualität.

Mangelnde UG kann also durch verschiedene Prozesse entstehen:

- vorab, durch Standortentscheidungen von Investoren/Betreibern oder Behörden nach Maßgabe politischer Widerstandsmöglichkeiten (Weg des geringsten Widerstands) potenziell betroffener Personen und Gemeinden (Diskriminierungs-Effekt);
- vorab, nach Kosten-Nutzen-Vergleichen (Boden-/Energiepreise, Steuern, Infrastruktur; Bestehen und Kontrolle von Umweltauflagen; Haftung bei Umwelt- und Gesundheitsschäden; Risiko und Kosten evtl. notwendiger Sanierungen und Entschädigungen) zwischen verschiedenen möglichen Standorten (Markt-Effekt);
- nachträglich, durch Absinken der Umwelt- und Wohnqualität in betroffenen Gemeinden/Regionen, Fallen von Grundstückspreisen und Mieten, entsprechendes Wegziehen von »Normalbevölkerung« und Zuziehen von sozialen Randgruppen (Selektions-Effekt).

Solche Verdichtung von Benachteiligung gilt meist nicht nur als ungleich, sondern auch als unfair und ungerecht. Unter »sozialer Gerechtigkeit« wird intuitiv regelmäßig Gleichheit – oder starke Angleichung – sozialer Risiken und Chancen verstanden. Diese Denkweise lässt sich auf Umwelt übertragen. UG wird dann interpretiert als Zustand, bei dem verschiedene Mitglieder einer sozialen Gruppe bezüglich der Umwelt gleiche Rechte und Pflichten, gleiche Chancen und Risiken haben, niemand bevorzugt oder benachteiligt wird. UG manifestiert sich also durch Umweltgleichheit – »umweltungerecht« sind soziale Verhältnisse, die »zu viel« Ungleichheit bezüglich Umweltchancen und -risiken erzeugen.

Politisches Ziel der Umweltgerechtigkeits-Bewegung (UGB) ist daher die sozialräumliche Gleichverteilung von Umweltbelastungen (fair share), erreicht durch weitreichende Beteiligungsrechte betroffener Bürger und Gemeinden am Planungs- und Entscheidungsprozess (fair deal), oft ergänzt durch das Ziel einer allgemeinen Reduzierung dieser Belastungen. UG kann sich insbesondere beziehen auf (Maschewsky 2001)

- »Startgerechtigkeit«, also die Gleichheit der Chancen und Risiken, zum Ziel einer Umweltveränderung zu werden, z.B. Standort für den Bau einer Müllverbrennungsanlage (MVA);
- »Verteilungsgerechtigkeit«, also die Gleichheit der Vorteile und Nachteile nach Abschluss der Umweltveränderung, z.B. Veränderung von Wohnqualität und Grundstückswert nach Bau der MVA;

- »Verfahrensgerechtigkeit«, also die Gleichbehandlung mit anderen Akteuren im Verlauf des Standortkonflikts, z.B. bei juristischen Auseinandersetzungen um die MVA;
- »Vorsorgegerechtigkeit«, also die Vermeidung des Entstehens von Risiken durch Beendigung, Reduzierung oder Veränderung risikoträchtiger Umwelteingriffe, z.B. durch drastische Reduzierung der Müllherzeugung, was die MVA überflüssig macht. (Dies überschneidet sich mit dem Konzept der »Nachhaltigkeit«).

In der BRD ist das Thema der sozialräumlichen Ungleichheit von Umweltbelastungen theoretisch noch unentdeckt (Rosenbrock/Maschewsky 1998). Auch praktisch wird es vorwiegend in umgekehrter Logik thematisiert, etwa wenn sich Stadtbezirke/Gemeinden mit Ober- oder Mittelschichtbevölkerung gegen neue Umweltbelastungen – wie die Aufstellung von Mobilfunksendern – wehren. In den USA sind dagegen zahlreiche Beispiele für Umweltungleichheit und -diskriminierung bekannt und dargestellt worden.

Beispiel: Pestizide und Latino-Farmarbeiter

Die Diskussion um Pestizide wurde in den USA entfacht durch das Buch »Silent Spring« von Carson (1962), das zum Verbot von DDT führte. Die Umweltbewegung hat seitdem die Wirkung von Pestiziden auf Tierwelt, Ernährung und Gesundheit stark beachtet. Die am stärksten Betroffenen, landwirtschaftliche Arbeitskräfte, wurden von der Umweltbewegung aber ignoriert, trotz hoher Exposition und mangelndem Arbeitsschutz (Moses 1993).

Die genaue Zahl landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in den USA ist unbekannt; das Landwirtschaftsministerium (USDA) schätzt sie auf zwei Millionen Farmarbeiter – vor allem in Florida, Texas und Kalifornien – und drei Millionen Farmer mit mithelfenden Familienangehörigen. Arbeitsintensiv sind nur noch Obst- und Gemüseanbau.

In der Landwirtschaft gibt es viele Gesundheitsrisiken – von Traktorunfällen bis Schlangenbissen –, das größte Risiko ist aber der permanente und hohe Pestizid-Einsatz. Über 500 000 Tonnen Insektizide, Herbizide und Fungizide werden jährlich in den USA versprüht – pro US-Bürger etwa zwei Kilo. Seit Anfang der 40er Jahre hat sich der Einsatz alle zehn Jahre verdoppelt. Pestizide enthalten bis zu 90% andere Bestandteile, oft hochtoxisch, die aber als »Betriebsgeheimnis« nicht angegeben werden müssen, selbst im Fall von Vergiftungen. Neben Pestiziden sind auch andere Schadstoffe in der Landwirtschaft relevant. In zunehmendem Umfang wird z.B. dem Dünger Klärschlamm beigemischt, der u.a.

Quecksilber, Blei, Kadmium und Dioxine enthält (Stauber/Rampton 1995).

77% der Farmarbeiter gehören einer ethnischen Minderheit an; in Kalifornien sind über 90% von ihnen in oder außerhalb der USA geborene Latinos (Moses 1993, Perfecto 1992). Sehr viele sind mexikanische Wanderarbeiter – oft illegal in den USA –, die den Ernten bis Kanada nachziehen. Das US-Agrobusiness ist seit Bestehen auf die Ausbeutung billiger Arbeitskraft rechtloser Minoritäten eingestellt: von Negerklaven, über Indianer, Chinesen, Japaner, Filipinos, »Okies« und »Arkies« (von der Dürrekatastrophe der 30er Jahre ruinierte Kleinbauern aus Oklahoma und Arkansas), und jetzt – da ab 1940 unqualifizierte Weiße gutzahlende Jobs in der Rüstungsindustrie fanden – vorwiegend Mexikaner. Auch heute sind die Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen dieser Arbeiter und der sie oft begleitenden Familien miserabel, der Lohn niedrig, Arbeits- und Gesundheitsschutz fehlen weitgehend. Hinzu kommt soziale Diskriminierung. Eine gewerkschaftliche Organisierung der Farmarbeiter zur besseren Durchsetzung ihrer Interessen versucht man mit allen möglichen Mitteln zu verhindern.

Farmarbeiter sind von Pestiziden am stärksten betroffen beim Vorbereiten der Spritzmischung, dem Einweisen der Sprühflugzeuge vom Boden aus, dem Säubern der Sprühvorrichtungen, der Arbeit in frisch gesprühten Feldern und dem Pflücken von Früchten, die unmittelbar vor der Ernte nochmals mit Pestiziden besprüht werden (Erdbeeren, Tomaten). Kinder von Farmarbeitern sind ebenfalls gefährdet: als Föten im Bauch von Arbeiterinnen; als Säuglinge oder Kleinkinder, wenn sie mangels Kinderbetreuung am Feldrand abgestellt werden; als größere Kinder, wenn sie selbst auf dem Feld arbeiten.

Pestizide werden vor allem über die Haut aufgenommen, weniger über die Lunge. Akute Wirkungen sind Hautausschläge, chemische Verbrennungen, andere Hautprobleme, systemische Vergiftungen mit Übelkeit und Erbrechen bis hin zum Tod. Chronische Effekte können Krebs, Sterilität, Fehlgeburten, Missbildungen, vielfältige neurologische und psychiatrische Störungen (z.B. Angst, Gedächtnisstörungen, Parkinson, Demenz) sein (Moses 1993). Brauchbare Studien über die Langzeitfolgen chronischer Niedrigexposition fehlen. Epidemiologische Studien zeigen bei Exponierten erhöhte Raten für diverse Krebsarten, z.B. Leukämien, Non-Hodgkin-Lymphome, multiple Myelome, Hoden-, Leber-, Magen-, Bauchspeicheldrüsen-, Lungenkrebs und primäre Hirntumore.

313 000 der etwa zwei Millionen Farmarbeitern in den USA erleiden jährlich Pestizid-Vergiftungen, an denen 800-1 000 sterben. Nach Schätzungen bleiben selbst in Kalifornien 80% der Pestizid-Vergiftungen

unentdeckt, da die Symptome oft unspezifisch sind, Ärzte die Diagnose nicht gelernt haben, die häufig illegal im Land befindlichen Farmarbeiter jeden Kontakt mit Behörden und Ärzten scheuen und die legalen Arbeiter meist nicht oder unzureichend versichert sind.

Große Hilfe erfahren die Farmarbeiter durch die Gewerkschaft UFW (United Farm Workers), die in den 60er Jahren von Cesar Chavez gegründet wurde. Gegen den erbitterten Widerstand der Farmer und Agrokonzerne hat sie an vielen Orten gewerkschaftliche Organisation durchgesetzt. Die UFW hat schon frühzeitig Pestizide zum Thema gemacht und 1970 in Kalifornien ein Verbot des Einsatzes von DDT erreicht, zwei Jahre bevor die Umweltbehörde EPA ein US-weites DDT-Verbot durchsetzte. USDA, Agrochemie und Agrobusiness warnen vor vermindertem Pestizid-Einsatz wegen dadurch angeblich bedingten Produktivitätsverlusten, steigenden Preisen, Hungersnöten in der Dritten Welt, letztlich einer Gefährdung des Weltfriedens (Moses 1993).

Gesundheitliche Ungleichheit und Umweltungleichheit

Gesundheitliche Ungleichheit ist nicht gleichbedeutend mit Umweltungleichheit (mangelnder UG):

- gesundheitliche Ungleichheit verknüpft allgemeine Ursachen – ungleiche Umweltbelastungen, aber auch ungleiche Ausbildung, Beruf, Arbeitsbelastungen, Einkommen, Wohnbedingungen, Lebensweise – mit spezifischen Wirkungen, nämlich Krankheit und Tod
- Umweltungleichheit verknüpft spezifische Ursachen – nämlich ungleiche Umweltbelastungen – mit allgemeinen Wirkungen, wie Krankheit und Tod, aber auch Arbeitslosigkeit, fehlenden Ressourcen, infrastruktureller Vernachlässigung, sozialer Entmischung, sozialer Anomie.

Die beiden Sichtweisen ergänzen sich. Allerdings ist die bevorzugte abhängige Variable der UG-Forschung – bzw. der von ihr am häufigsten analysierte »Endpunkt« – Krankheit und Tod. Die UG-Fragestellung wird also häufig darauf reduziert, wie sich (als ungerecht bewertete) soziale Unterschiede in der Umweltbelastung auf Krankheit und Tod auswirken. In dieser reduzierten Variante ist Umweltungerechtigkeit ein bisher vernachlässigter Sonderfall gesundheitlicher Ungleichheit.

Empirische Befunde

Für die USA zeigten empirische Studien u. a. folgende soziale Benachteiligungen hinsichtlich Umwelt und Gesundheit:

- drei der vier größten Sondermülldeponien im Südosten der USA liegen in überwiegend schwarzen Wohngebieten, obwohl Afroamerikaner nur 1/5 der Bevölkerung der Region stellen (GAO 1983);
- drei von fünf Afroamerikanern oder Latinos leben in Wohngebieten mit mindestens einer unkontrollierten Sondermülldeponie; dabei ist Rasse, nicht Einkommen der Hauptfaktor für diese Platzierung (UCC-CRJ 1987);
- in Houston liegen sechs der acht MVAs und alle fünf Sondermülldeponien in schwarzen Wohngebieten; der Schwarzen-Anteil an der Bevölkerung beträgt 28% (Bullard 2000);
- im Großraum Detroit ist der Farbigenanteil an der Wohnbevölkerung im Ein-Meilen-Radius um Sondermülldeponien 48%, im weiteren Abstand 19% (Bryant/Mohai 1992);
- Bleivergiftung ist eine der häufigsten Umweltkrankheiten in den USA, eine Art »stumme Epidemie« (ATSDR 1988); 49% der meist schwarzen Kinder in »inner-city ghettos« weisen Blutbleiwerte oberhalb der zulässigen Grenzwerte auf (CDC 1991); etwa eine Million US-Kinder leiden an einer Bleivergiftung (Mielke/Reagan 1998);
- die Luftbelastung ist in Latino-Wohnvierteln höher als in schwarzen und sehr viel höher als in weißen Wohnvierteln (EPA 1992);
- 1990 überschritten von den 3 109 Counties und Großstädten der USA 136 mindestens zwei Luftgrenzwerte der Umweltbehörde EPA; in diesen Gebieten mit unterdurchschnittlicher Luftqualität lebten 33% der Weißen, 50% der Schwarzen und 60% der Latinos (Wernette/Nieves 1992);
- mehr als 200 Millionen Tonnen radioaktiven Abfalls liegen in Indianerreservaten, vor allem bei Navajos und Hopis; das Risiko von Genitalkrebs ist bei Navajo-Jugendlichen 17mal höher als im US-Durchschnitt (Bryant/Mohai 1992); auch andere Krebsrisiken sind bei ihnen wesentlich erhöht;
- die EPA braucht deutlich länger, um Anfragen aus farbigen Gemeinden zu bearbeiten und dort Sondermülldeponien zu finden; sie setzt hier auch niedrigere Standards für Sanierung an; Verstöße gegen Umweltvorschriften werden in weißen Gemeinden mit mehr als sechsfach höheren Geldstrafen belegt als in farbigen Gemeinden (Lavelle/Coyle 1992).

Die Ansiedlung von stark umweltverschmutzenden Betrieben in Gebieten mit armer und/oder farbiger Bevölkerung schwächt die Investitionsbereitschaft für Infrastruktur, Wohnungen und »saubere Gewerbe«. Dies führt zur Abwanderung entsprechender Betriebe und des (relativ) wohlhabenderen und sozial kompetenteren Teils der Bevölkerung, zerstört

damit das »soziale Immunsystem« der betreffenden Gemeinde (Bullard 2000).

Umweltgerechtigkeits-Bewegung in den USA

In den USA führten zahlreiche konkrete Fälle – wie Love Canal, Warren County, Woburn, »Cancer Alley«, Altgeld Gardens, West Dallas, Savannah River, Mobile, Libby, Black Mesa (Maschewsky 2001) – und empirische Befunde in den 80er Jahren zur Forderung nach UG (environmental justice). Dies knüpfte an Ziele sowohl der Bürgerrechts- (social justice), als auch der Armuts- und Gewerkschaftsbewegung (economic justice) an.

Die Umweltgerechtigkeits-Bewegung (UGB) entstand als Basis- (grass-roots) Bewegung abseits der etablierten Umweltbewegung, als lockeres Netz vieler Hundert Bürgerinitiativen, der sogenannten NIMBYs (abgeleitet von »Not in my backyard!«; zu deutsch etwa: »Schmeißt Euern Dreck nicht bei mir hin!«).

Die UGB war in ihren Forderungen und Aktionsformen meist wesentlich radikaler als der Umwelt-»Mainstream«. Im Gegensatz zu diesem wurde und wird sie meist von Farbigen, Frauen und Personen der Unterschicht getragen (Faber 1998). Ihre Mitglieder waren/sind oft auch sonst politisch aktiv, meist in der Bürgerrechts-, Armuts- und Gewerkschaftsbewegung, mitunter auch in Kirchen. Ein zweiter Ursprung der UGB ist die in den 70er Jahren entstandene Anti-»Giftmüll«-Bewegung (Szasz 1994). Sondermüll spielt in den USA politisch eine größere Rolle als bei uns; in betroffenen Regionen wirkt er ähnlich politisierend wie Atom-müll bei uns.

Die UGB hatte kaum Bezug zu den traditionellen Themen der US-Umweltbewegung, wie »Wildnis«, »bedrohte (Tier-)Art«. Ihre Umwelt waren nicht Schneegipfel, Bergwiesen und Waldseen, sondern Raffinerien, Flugplätze und Müllkippen. Daher entdeckte sie die »städtische Umwelt« (urban habitat) als Thema, ihre Industriebrachen (brownfields) und toxisch hochbelasteten Gebiete (Superfund sites). Sie kritisierte den Umwelt-»Mainstream« als naturromantisch, unsozial und elitär, weil er sich z.B. um die Luftqualität am Grand Canyon kümmere, nicht aber um die Luftqualität in South Central L.A.; weil er die Lebensräume gefleckter Eulen (spotted owl habitats) schütze, aber nicht die Lebensräume farbiger Amerikaner.

Die UGB überwand das Stadium lokal begrenzter Widerstands-Aktionen mit der Bestandsaufnahme der Müllpolitik in acht Südstaaten der USA, die das General Accounting Office (GAO) 1983 vorlegte. Der

Bericht bestätigte die Vermutung der Bürgerrechtsbewegung, dass die Müllpolitik der Südstaaten rassistisch sei, da Sondermüll bevorzugt in schwarzen Wohngebieten deponiert, verbrannt oder vergraben wurde (und wird). Außerdem zeigten Lavelle/Coyle (1992), dass Umweltschutz durch die EPA sehr ungleich gehandhabt wurde, nicht als ein Recht für alle, sondern als ein Privileg für wenige.

Die UGB hat sich in den etwa 20 Jahren ihres Bestehens konsolidiert, stärker vernetzt und eine eigene Infrastruktur geschaffen. Zugleich hat sie aber bisher Zentralisierung und Einvernahme durch andere Organisationen erfolgreich abgewehrt. NIMBYs bevorzugen direkte Aktionen (Demonstrationen, Besetzungen, etc.), daneben auch Rechtsgutachten, Klagen; Mediation, Aushandlung, politische Lobbyarbeit und allgemein das »Konsensprinzip« lehnen sie dagegen eher ab. Durch geschickte Mediennutzung konnten sie einen erheblichen politischen Druck auf lokaler, einzelstaatlicher und sogar Bundesebene ausüben – u.a. bei der WTO-Tagung im November 1999 in Seattle.

Präsident Clinton erließ 1994 eine »Executive Order on Environmental Justice«, die alle US-Bundesbehörden und Ministerien anweist, UG bei allen ihren Aktivitäten zu berücksichtigen und dafür Kooperationsausschüsse einzurichten. Es blieb umstritten, ob dies mehr als symbolischen Wert hatte. Viele UG-Aktivist*innen misstrauten dem Regierungserlass als versuchtem »Kuss des Todes«. Sie wollten sich nicht für ein juristisch-politisch-administratives Taktieren einspannen lassen – die UGB habe ihre beachtlichen Erfolge durch Konfrontation, nicht Kooperation errungen.

Umweltgerechtigkeit – ein Thema für Public Health?

Der bestehende Zusammenhang von »Armut und Gesundheit« wird in Deutschland seit 120 Jahren durch Sozialpolitik bearbeitet (erst als »Krankheit macht arm«; jetzt verstärkt als »Armut macht krank«). Er hat in der BRD aber noch keine starke soziale Bewegung ausgelöst. In der Gesundheitsbewegung wurde das Thema zwar theoretisch aufgegriffen, aber wenig empirisch vertieft und kaum praktisch als Ansatzpunkt für politische Mobilisierung genutzt. In den politischen Programmen von SPD und Grünen wurde gesundheitliche Ungleichheit erwähnt, aber nicht zum relevanten Handlungsbereich (abgesehen vom neuen sozialkompensatorischen Anspruch des § 20 SGB V). Die inhaltliche Zuordnung von UG zu gesundheitlicher Ungleichheit ist daher kein Garant dafür, dass es realpolitisch zum Thema wird.

Da UG als Problembereich und Handlungsfeld in der BRD bisher kaum etabliert ist, verbleibt es – meist unbearbeitet – im theoretischen

Niemandland zwischen Public Health, Umweltpolitik, Sozialpolitik, Stadtsoziologie, Stadt- und Regionalplanung, Sozialmedizin und Umweltwissenschaft. Überdurchschnittliche Umweltbelastungen werden als Begleiterscheinung sozialer Benachteiligung zwar häufig miterwähnt (Häußermann 2000), aber nicht untersucht und analysiert. Dagegen benennen kritische Medien sozialräumliche »Cluster« von Umweltbelastungen oft klar, etwa (bestehende oder stillgelegte) Industrie-, Energie- oder Entsorgungsreviere, wie das Ruhrgebiet, die AKWs an Rhein, Weser und Elbe, die Uranabbauhalden im Erzgebirge, der Braunkohletagebau und die Bergbaufolgelandschaft in der Niederlausitz, die »Chemie-parks« bei Ludwigshafen und Bitterfeld, der Raum Frankfurt/Main, der Niederrhein zwischen Köln und Duisburg. Auch Städte weisen oft diverse »hot spots« auf – z.B. Hamburg die »Bille«-Siedlung, auf Sondermüll errichtete Häuser in Barsbüttel, das Betriebsgelände von Boehringer, die Norddeutschen Affinerie, die Deponie Georgswerder, das AKW Krümmel (bei Geesthacht) und neuerdings das »Mühlenberger Loch«.

In der Ottawa-Charta der WHO von 1986 werden gesundheitliche Chancengleichheit und gesundheitsförderliche Lebenswelten gefordert. Menschen sollen befähigt (empowered) werden, ihre Gesundheitsinteressen zu vertreten, persönliche Kompetenzen zu entwickeln und sich zu organisieren. Genau dies will und macht die UGB.

UG ist als Denkansatz etwa 60 Jahre nach Public Health (PH) entstanden. PH ist inzwischen bei uns etabliert; es könnte als eine Art »Türöffner« für UG dienen. PH hat vom Prinzip her einen theoretisch breiten und kritischen Ansatz. Dieser ist aber in der Praxis oft wieder reduziert auf Verhaltensprävention, Risikofaktoren-Ansatz und Freizeitsphäre; eher ausgeblendet bleiben dagegen Arbeit, Umwelt, soziale und politische Verhältnisse (Rosenbrock et al 1994). Bei PH muss daher zwischen Anspruch und Wirklichkeit unterschieden werden. Eine Beschäftigung mit UG könnte hilfreich sein im Hinblick auf eine

- Konkretisierung der Variable Umwelt im PH-Ansatz
- Stärkung des Verhältnisbezugs von PH
- Verzahnung von Arbeit und Nichtarbeit im PH-Ansatz
- Verzahnung von PH mit Umwelt-, Sozial- und Arbeitspolitik
- Repolitisierung von PH.

Prinzipiell ist in einem Sozialstaat nach deutschem Muster die Abwälzung von Umweltbelastungen auf sozial Schwache nicht sinnvoll, da sie die sozialpolitischen Kosten für die – vom Sozialstaatspostulat geforderte – Angleichung von Lebenschancen und -qualität erhöht. UG thematisiert somit eine wichtige Schnittstelle zwischen Sozial- und Umweltpolitik. Bleibt diese unbeachtet, könnte – in der Logik des deutschen

Sozialsystems – langfristig die Schaffung einer Gesetzlichen Umweltversicherung als »sechster Säule« im Sozialversicherungssystem notwendig werden, die Umweltbelastung von einem privaten in ein »soziales Risiko« umwandelt.

UG lässt sich somit auf aktuelle Diskussionen und Maßnahmen der deutschen Sozial-, Gesundheits- und Umweltpolitik beziehen. Die Begriffe »Sozialraum«, »Setting« und »Sozialverträglichkeit« bieten konzeptionelle Anknüpfungsmöglichkeiten – prozedurale die Aktivitäten zu »Healthy Cities«, »Urban Habitat«, »Lokaler Agenda 21« und »Sozialer Stadt«.

Korrespondenzadresse:

Prof. Dr. Werner Maschewsky

FH Hamburg

Saarlandstraße 30

22303 Hamburg

e-mail: maschews@sp.fh-hamburg.de

Literatur

- ATSDR (1988): Agency for Toxic Substances and Disease Registry (Ed.): The nature and extent of lead poisoning in children in the United States. Atlanta: DHSS
- Beck, U. (1988): Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Bryant, B.; Mohai, P. (Ed.) (1992): Race and the incidence of environmental hazards: a time for discourse. Boulder (CO): Westview Press
- Bullard, R.D. (2000): Dumping in Dixie: race, class, and environmental quality (3rd ed). Boulder (CO): Westview Press
- Carson, R. (1991): Silent spring. Boston: Houghton Mifflin
- CDC (1991): Centers for Disease Control (Ed.): Preventing lead poisoning in young children. Atlanta: CDC
- Faber, D. (Ed.) (1998): The struggle for ecological democracy. Environmental justice movements in the United States. New York: Guilford Press
- GAO (1983): US General Accounting Office (Ed.): Siting hazardous waste landfills and their correlation with the racial and economic status of surrounding communities. Washington (D.C.): Government Printing Office
- Häußermann, H. (2000): Die Krise der »sozialen Stadt«. Aus Politik und Zeitgeschichte, 10/11. 13-21
- Harvey, D. (1996): Justice, nature & the geography of difference. Malden (MA): Blackwell Publishers
- Helmert, U. et al. (Hg.) (2000): Müssen Arme früher sterben? Soziale Ungleichheit und Gesundheit in Deutschland. Weinheim: Juventa
- Lavelle, M.; Coyle, M. (1992): Unequal protection: the racial divide in environmental law. NatLawJ 21. 2-12

- Maschewsky, W. (2000): Soziale Ungleichheit und Umweltgerechtigkeit. In: Helmert et al. (Hg.): Müssen Arme früher sterben? 71-90
- Maschewsky, W. (2001): Umweltgerechtigkeit, Public Health und soziale Stadt. Frankfurt a. M.: VAS
- Mielck, A. (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Bern: Hans Huber
- Mielke, H.W.; Reagan, P.L. (1998): Soil is an important pathway of human lead exposure. *EnvHlthPerspect*, 106 (suppl 1). 217-29
- Moses, M. et al. (1993): Environmental equity and pesticide exposure. *Toxicol Ind Hlth*, 9. 914-56
- Perfecto, I. (1992): Farm workers, pesticides, and the international connection. In: Bryant; Mohai (Ed.) *Race and the incidence of environmental hazards: a time for discourse*. 177-203
- Rosenbrock, R. et al. (Ed.) (1994): Präventionspolitik. Gesellschaftliche Strategien der Gesundheitssicherung. Berlin: Edition Sigma
- Rosenbrock, R.; Maschewsky, W. (1998): Präventionspolitische Bewertungskontroversen im Bereich Umwelt und Gesundheit (Wissenschaftszentrum Berlin, Arbeitsgruppe Public Health, P98-205) Berlin: WZB
- Stauber, J.; Rampton, S. (1995): *Toxic sludge is good for you!* Monroe (ME): Common Courage Press
- Szasz, A. (1994): *Ecopopulism. Toxic waste and the movement for environmental justice*. Minneapolis: University of Minnesota Press
- UCC-CRJ (1987): *United Church of Christ Commission for Racial Justice (Ed.): Toxic wastes and race in the United States: A national report on the racial and socio-economic characteristics of communities with hazardous waste sites*. New York: UCC-CRJ
- Wernette, D.R.; Nieves, L.A. (1992): Breathing polluted air: minorities are disproportionately exposed. *EPA Journal*, March/April. 16